

Schweiz. Konsum-Verein

Organ des Verbandes schweiz. Konsumvereine (V.S.K.), Basel

Redaktion: Dr. W. Ruf

Verantwortlich für Druck und Herausgabe: Verband schweiz. Konsumvereine (V.S.K.)

Erscheint wöchentlich - Basel, den 18. August 1945 - 45. Jahrgang - Nr. 33

Stärker als die Atombombe

Die Atombombe hat nicht nur japanische Städte in Trümmer gelegt, die ganze Welt wurde erschüttert. Ob dieser Erfindung herrscht mehr Grauen als Freude. Vorerst sind es nur zwei Mächte, die um ihre Entstehung in allen Einzelheiten wissen. Morgen können es jedoch drei, übermorgen zehn und unter Umständen bald alle Länder sein, die das Geheimnis erforscht und entdeckt haben. Und dann?

Atombombe und Weltuntergang ist ein Begriff, dem man nicht selten begegnet. Obwohl man sich die geheimen physikalischen Vorgänge um diese Schrekkenswaffe nicht recht vorstellen kann, fühlen doch viele, dass der Menschheit ein neues Mittel in die Hände gegeben worden ist, das ihren Untergang besiegeln kann. Und aus der bisherigen Geschichte muss man den Schluss ziehen, dass der Mensch es mit vernichtender Konsequenz versteht, die herrlichen Gaben der Natur, des Geistes, der Wissenschaft, der Technik in den Dienst des Niederganges, des Todes zu stellen. Wird er es — nach kurzer Zeit der Ruhe nach dem Morden in den letzten Jahren — mit dem neuen Element gleich halten und nur an neue, noch grausamere Zerstörung denken?

Die Atombombe bedeutet ein *Entweder-Oder;* und deshalb eine Erscheinung, die nicht nur Grauen, sondern auch *Hoffnung* wecken sollte. Eben ist der zweite Weltkrieg definitiv zu Ende gegangen. Die Menschheit hat allen Grund, bis ins tiefste Innere für dieses grosse Ereignis dankbar zu sein. Die Atombombe ist an dieser schnellen Wendung im ostasiatischen Krieg massgebend beteiligt. Endlich ist der Zeitpunkt da, dass die Zeitungen ihre Spalten nicht mehr mit Kriegsberichten und den damit zusammenhängenden Greuelmeldungen füllen können. Bald wird auch einmal die Zeit kommen, dass das Thema Krieg aus den Zeitschriften, Kinotheatern, dem Radio verschwindet und der Menschengeist sich den viel bedeutsameren Problemen des Aufbaus einer gerechteren Wirtschaft und all den anderen Fragen, die das menschliche Zusammenleben und der Fortschritt auf allen Gebieten stellen, zuwenden kann. Es ist nun genug der Kriege, des Hasses, der Verfolgung, der Unterdrückung. Sollte die Menschheit nicht endlich einmal einsehen, dass ein *neues Prinzip* die Welt erfüllen muss, dass wir mit den bisherigen Methoden keinen dauernden Frieden schaffen können? Standen wir trotz San Franzisko und Potsdam nicht von neuem in Gefahr, die Rüstungsmethoden noch raffinierter auszugestalten, noch mehr Tanks, Kriegsflugzeuge, automatische Waffen aller Art, ganze Heere zum Schutze der «Sicherheit» in Reserve zu halten und so den Geist des Militarismus in einer Atmosphäre des Misstrauens weiterzupflegen und ihn in die Herzen der Jugend zu pflanzen?

Von dem ehrlichen, von tiefer Begeisterung erfüllten Idealismus der Zeit nach dem ersten Weltkriege ist bis jetzt noch kaum etwas zu spüren. Aber jetzt wird mit der Atombombe auf einen Schlag dieser Fatalismus radikal, mit einem nur mit Lebensgefahr zu überschreitenden Halt vor dieses Entweder-Oder gestellt: Entweder bringt ihr wahnwitzigen Menschen es endlich einmal fertig, eure Kräfte des Geistes und des Körpers, eure Arbeit, euer Denken, Forschen, euer teures Geld, das ihr so hemmungslos in den Schlund des Todes werfet, in den Dienst des Aufbaus, des sozialen Fortschritts, der wirtschaftlichen Gerechtigkeit zu stellen, *oder* euer Los wird mit der völligen Ausrottung besiegelt. Die Atombombe, so grausam und vernichtend ihr bisheriges Werk war, stellt die Menschheit vor eine Entscheidung, die nur in einer Richtung gehen kann: *Endgültige Abkehr vom Geist der Gewalt und ein entschlossenes Ja zur Zusammenarbeit über alle Grenzen hinweg.* Trotz allen Niederlagen, die dieser Geist des guten Willens bis dahin erlitten hat, müssen wir jetzt nur noch um so hartnäckiger dem Geist der Verständigung und der Zusammenarbeit freien Raum lassen und die Lösungen treffen, die dem entsprechen, was *gerecht* ist. Ueber alle Schranken hinweg, die wir im Leben der einzelnen Menschen und Völker gegeneinander aufgerichtet haben, gilt es, jetzt endlich einmal diesen Geist durchbrechen zu lassen, der *im kleinen und grossen* von der Macht der *Liebe* zeugt. Nur sie wird die verheerende Kraft der Atombombe bändigen können und die grossen Segnungen, die ihre Grundsubstanzen in sich bergen, zum Wohle der Menschheit wirksam werden lassen. Es lässt sich kaum ausdenken, welches materielle Glück der Menschheit bevorsteht, wenn die Auswirkungen der Atomenergie in den Dienst der allgemeinen Wohlfahrt gestellt werden können. Ja, der Menschheit ist eine *letzte Chance* gegeben, den Bann der Brutalität, der sich in so mannigfacher Form auf ihre Seele gelegt hat, zu brechen und die *Tore zur wahren Freiheit* zu öffnen.

r.

Demokratische Selbstverwaltung in den Konsumvereinen

Ein Diskussionsbeitrag

Dieses Thema wird auf Grund eines von Herrn Nationalrat Schneider, Basel, am 21. Februar 1943 in Olten gehaltenen Referates im «S. K.-V.» zur Diskussion gestellt. Das ist zu begrüssen, denn zweifellos drängen die Gedankengänge, die im Zusammenhang mit dem Ruf nach *Ladengemeinden* in letzter Zeit wieder häufiger von solchen Genossenschaftern geäussert werden, die eine *stärkere Demokratisierung* der Genossenschaften und insbesondere der Konsumvereine wünschen, zur Meinungsäusserung.

Den *grossen* Konsumvereinen wird von den Befürwortern der Ladengemeinden ein ganzes Register von Nachteilen vorgehalten: Verlust an Demokratie und Selbstverwaltung, Entpersönlichung des Verhältnisses der Genossenschafter und Angestellten zur Genossenschaft, Lockerung der Verbindung zwischen den einzelnen Gliedern der Genossenschaft, Spaltung der Mitgliedschaft in Parteien und Gruppen, Umwandlung von Ueberzeugungen und Herzenssachen in Verstandeskonstruktionen, Abflauen der Opferwilligkeit der Mitglieder und der Angestellten, Zunahme des Materialismus, Abnahme der Ideale, Bürokratisierung der Verwaltung, Verminderung des Verantwortungsgefühls, Konflikte mit dem Personal, Interessengegensätze zwischen den Mitgliedern und dem Personal, ständiges Streben des Personals nach möglichst günstigen Arbeitsbedingungen — und anderes mehr.

Wer die Verhältnisse in unserer Bewegung aus eigener Anschauung kennt, wird nach Abstrich einiger Uebertreibungen bestätigen müssen, dass die genannten Nachteile mehr oder weniger stark den grossen Genossenschaften anhaften. Sie sind aber beileibe nicht etwa nur bei diesen zu Hause. Die Geschichte vieler kleiner und kleinster Genossenschaften — das muss einmal deutlich gesagt werden — hat schon zur Genüge gezeigt, dass die genau gleichen Erscheinungen sich ebenso im kleinen Genossenschafterkreis, hier aber meist mit verhängnisvoller Wirkung, bemerkbar machen können. Die Tatsache allein, dass eine Genossenschaft klein ist, macht sie noch lange nicht zur «lebendigen» Genossenschaft. Wäre dem so, dann würden nicht viele kleine Genossenschaften mit reiner Selbstverwaltung ein kümmerliches Dasein fristen und hätten nicht schon sehr viele kleine Genossenschaften, die alles andere, nur keine «lebendigen Gebilde» gewesen sind, liquidiert werden müssen. Das ist übrigens im demokratischen Staatswesen auch nicht viel anders, und niemand wird im Ernst behaupten wollen, in den kleinen Gemeinden sei das demokratische Leben durchwegs ausgeprägter als in den grossen. Auch hier kommt es nicht so sehr auf die Zahl der Gemeindeglieder als darauf an, ob in ihnen der Wille zur Mitarbeit und Mitverantwortung an der Gemeinschaft lebendig ist oder nicht. Schwach besuchte Gemeindeversammlungen als der «obersten gesetzgebenden Behörde» in Gemeinden ohne Repräsentative sind ebenso häufig anzutreffen wie schwach besuchte Generalversammlungen als dem «obersten Organ der Genossenschaft» in Selbsthilfegenossenschaften ohne Genossenschaftsrat. Hier wie dort fehlendes Verantwortungsbewusstsein, Verlust an Demokratie und Selbstverwaltung, Abflauen der Opferwilligkeit usw.

Zweck der Konsumvereine war seit jeher und ist heute noch die *Verbesserung der wirtschaftlichen Lage und die Förderung der sozialen Wohlfahrt der Mitglieder*. Mittel zu diesem Zweck ist der Zusammenschluss der Konsumenten in einer demokratisch verwalteten Organisation. Demokratisch aufgebaut ist diese Organisation dann, wenn sie sich die zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlichen Organe selber bestellt. Ob sich an der Bestellung dieser Organe und der Wahl der Funktionäre alle oder nur ein Teil der Mitglieder beteiligen, ist kein Kriterium für die Verwirklichung oder Nichtverwirklichung des demokratischen Grundsatzes der Selbstverwaltung, sondern höchstens für die demokratische Reife der Mitglieder. Auch die Grösse der *Zahl* der geschäftsführenden und verantwortlichen, von den Mitgliedern bestellten Funktionäre und Organe ist für eine Genossenschaft nicht das entscheidende Merkmal ihrer demokratischen Selbstverwaltung. Es ist falsch, wenn man die «lebendige» Demokratie nur mit möglichst vielen Kommissionen und Kommissionsmitgliedern glaubt verwirklichen zu können. Das *Ergebnis* demokratischer Selbstverwaltung hängt nicht so sehr von der Zahl der Mitredenden als von ihren *Qualitäten*, d. h. ihrem Charakter und ihren Fähigkeiten ab.

Auf das Ergebnis der genossenschaftlichen Tätigkeit aber kommt es an, und nicht auf das Tun als solches! Es sind immer nur einige wenige, zugegebenermassen ideell denkende und um die Zukunft der Genossenschaftsbewegung ernsthaft besorgte Genossenschafter, denen nach *mehr* Demokratie in den Genossenschaften dürstet: die überwältigende Mehrheit der Genossenschafter und Genossenschafterinnen will weder eine stärkere Vereinstätigkeit, noch eine grössere Zahl von Verwaltungsorganen, noch vermehrte genossenschaftliche Belehrungsmöglichkeiten. Was sie von den Konsumvereinen fordern, das sind *noch* bessere Leistungen! Tritt hier ein Stillstand ein, dann kehrt ihnen der Genossenschafter trotz aller Aufklärung teilweise oder ganz den Rücken, kauft dort ein, wo er besser bedient wird (ob es dann in einem Privatgeschäft oder in einer getarnten Genossenschaft ist) und lässt seine in demokratischer Schönheit dastehende Genossenschaft im Stich.

Wer immer wieder auf Rochdale hinweist, sollte nicht unterlassen, auch hinzuzufügen, dass sich seither die Verhältnisse wesentlich geändert haben. Nicht nur sind die Existenzbedingungen der Werktätigen (wir denken da in erster Linie an die Schweiz) seither bedeutend besser geworden, auch die Verhältnisse im Detailhandel lassen sich mit denjenigen vor hundert Jahren nicht mehr vergleichen. Mit Menschen eine Konsumgenossenschaft zu gründen und zu leiten, die in tiefster Not stecken, ergibt andere Voraussetzungen, als wir sie heute haben. Darum sind Hinweise auf Rochdale und auf die Anfänge unserer Konsumgenossenschaftsbewegung mit Vorsicht aufzunehmen. Und zudem: Qualitativ gute und preislich vorteilhafte Waren bekommt der Konsument heute nicht mehr *allein* im Konsumladen. Das weiss er genau, und in seinem Urteil bei Leistungsvergleichen ist er bekanntlich gar nicht zimperlich.

Liesse sich die Frage, ob mit einem Ausbau der demokratischen Einrichtungen innerhalb der Konsumvereine die *Leistungsfähigkeit der Warenver-*

mittlung gesteigert werden könnte, eindeutig mit einem Ja beantworten, dann wäre das längere Zuwarten mit der Gründung von Ladengemeinden oder dergleichen nicht mehr zu verantworten. Hier aber sind die Praktiker skeptisch. Um aus einer gut und straff geleiteten, im scharfen Konkurrenzkampf stehenden Konsumgenossenschaft, deren Leistungsvermögen schon einen hohen Grad erreicht hat, noch mehr für den Konsumenten herausholen zu können, ist eine *Umsatzsteigerung* bei möglichst gleichbleibenden Betriebsunkosten oder bei gleichbleibendem Umsatz eine Senkung dieser Kosten notwendig. Auf wessen Kosten sich das bewerkstelligen liesse, ist eine offene Frage. Vermutlich ginge es nicht ohne Opfer oder Mehranstrengungen seitens des gesamten Personals. Damit aber beim Arbeiter und Angestellten «der Lohnarbeiter mit dem Genossenschafter nicht ständig im Konflikt steht», werden von Nationalrat Schneider *Betriebskommissionen* vorgeschlagen. Diesen soll die Aufgabe zufallen, speziell bei denjenigen Angestellten die Mitverantwortung zu steigern, «die in der Genossenschaft nichts anderes als den Arbeitgeber sehen und die ihm feindselig gegenübertreten, wenn er nicht alle egoistischen Triebe befriedigen kann». Diese Kommissionen müssten, so wird uns weiter gesagt, vom Personal frei gebildet und von Amtes wegen vom Betriebs- oder Abteilungschef präsidiert werden. Das ist aber gerade das, was das gewerkschaftlich organisierte Personal *nicht* will. Wohl ist es bereit, bei der Bildung von solchen Betriebskommissionen mitzumachen, doch wünscht es diese nicht von einem Vorgesetzten geleitet. Für die Gewerkschafter sind die Betriebskommissionen vor allem ein Instrument zur Wahrung der *eigenen*, d. h. der Personalinteressen. Es wäre müssig, ihnen daraus einen Vorwurf machen zu wollen: auch einem Genossenschaftsangestellten sitzt das Hemd näher als der Rock. Damit soll keineswegs gesagt sein, dass Betriebskommissionen nicht trotzdem eine wichtige Funktion ausüben können. Sie bieten die Möglichkeit (sofern man sie nicht schon anderweitig gefunden hat) zur gegenseitigen Aussprache, zur Abklärung von Differenzen und zur Aufklärung über betriebsinterne Angelegenheiten. Es ist auch nicht richtig, wenn man den Genossenschaftsangestellten, die darauf bedacht sind, ihre soziale Stellung zu verbessern, immer wieder mit der Bemerkung kommt, sie seien keine überzeugten Genossenschafter, sonst würden sie nicht ständig an sich selber denken. Schlechte Genossenschafter wären sie erst dann, wenn sie mit Druckmitteln eine Forderung durchsetzen wollten, von der sie auf Grund erhaltener Aufklärung wissen müssen, dass sie nur auf Kosten der Leistungsfähigkeit der Genossenschaft erfüllbar ist.

Am Beispiel einer ostschweizerischen Konsumgenossenschaft ist gezeigt worden, dass eine *Umsatzvermehrung* in einem bestimmten Artikel mit Hilfe der Ladengemeinden erzielt werden konnte. Aber gerade diese Genossenschaft legt in anerkennenswertem Bestreben nach Sachlichkeit Wert auf die Feststellung, dass mit diesem einen Beispiel nicht schlüssig exemplifiziert werden dürfe, da der Umsatzverbesserung eine Reorganisation der betreffenden Abteilung und ein Wechsel in der Abteilungsleitung vorausgegangen seien. Auch wurden die Verkäuferinnen am Mehrumsatz finanziell interessiert und der im ersten Rang stehenden Ladengemeinde erst noch ein rarer Artikel in Aussicht gestellt. Unbestreitbar ist die Aufklärung der Mitglieder, speziell wenn sie durch das gesprochene Wort in nicht zu grossem, Rede und Gegenrede erlaubenden Kreise erfolgt, von nicht zu unterschätzendem propagandistischem Wert. Das allerdings auch nur dann, wenn sie durch geeignete Leute erfolgt und wenn die Leistungen der Genossenschaft den Wünschen der Mitglieder (und diese sind oft gar nicht bescheiden, auch solche von «überzeugten» Genossenschaftern nicht!) zu entsprechen vermögen. Sonst nützen alles Reden, Diskutieren und Ueberzeugenwollen nichts.

Von den Ladengemeinden erhofft man auch eine Beseitigung der *parteipolitischen Einflüsse* in der Genossenschaft. Diese Hoffnung wird nicht in Erfüllung gehen. Diejenigen Parteien, die sich der Genossenschaftsbewegung bewusst bemächtigen wollen, weil sie in ihr ein Mittel zur Förderung ihrer Bestrebungen sehen, werden den Rank schon finden, um in den Versammlungen und in den Vorständen der Ladengemeinden zum Wort und zu Einfluss zu kommen. Wer wollte verhüten können, dass nicht auch in den Ladengemeinden sich Gruppen nach parteipolitischen Ueberzeugungen bilden? Damit würde im gegebenen Moment der Parteikampf erst recht in die Mitgliedschaft hineingetragen, mit der Folge, dass auch die von den Ladengemeinden bestellten Delegiertenversammlungen (Genossenschaftsräte) zuletzt nicht anders zusammengesetzt wären als heute. Die Befürchtung, die Parteikämpfe könnten innerhalb der Genossenschaften zum Verschwinden kommen, braucht wirklich niemand zum Gegner der Ladengemeinden zu machen.

Völlig abwegig scheint uns der Gedanke, die Ladengemeinden in Form von *Vereinen* aufziehen zu wollen mit Vorstand, Monatsversammlungen, Generalversammlungen usw. Man stelle sich beispielsweise einmal vor, eine Genossenschaft mit 160 Filialen werde unterteilt in vielleicht 100 solche «Vereine» mit einer durchschnittlichen Mitgliederzahl von 450 Genossenschaftern und Genossenschafterinnen. Welches wäre ihre Entwicklung? In der ersten Zeit würde der Reiz des Neuen vermutlich zu einem ordentlichen Versammlungsbesuch mit einer durchschnittlichen Teilnehmerzahl von vielleicht 100 Personen pro Veranstaltung die Voraussetzung schaffen, eine Zahl, die aber im Laufe der Jahre immer kleiner und zuletzt so klein würde, dass nur noch der Vorstand und dieser nicht einmal mehr vollständig an den regelmässigen Zusammenkünften teilnehmen würde! Und zu den Generalversammlungen kämen mit der Zeit im günstigsten Fallen (sofern nebst den ordentlichen Jahresgeschäften noch «irgend etwas» geboten würde) auch nur 20 bis 25 Prozent der Mitglieder. Man gebe sich doch keiner Täuschung hin: Genossenschaftsvereine dieser Art stossen auf die Dauer beim Schweizer und speziell beim Städter auf wenig Gegenliebe. Das haben auf etwas anderer Basis, aber doch verwandtem Gebiet — leider — auch die *Studienzirkel*, die in der Schweiz über einen Achtungserfolg nicht hinausgekommen sind, erleben müssen. Vergegenwärtigt man sich noch den Aufwand an Zeit, Arbeit und Papier, der notwendig sein wird, um hundert solcher Vereine in einer einzigen Stadt einigermassen lebensfähig erhalten zu können, so muss man sich schon fragen, ob sich das alles lohnt und ob das dann die wahre Demokratie (oder nur das Zerrbild einer solchen) sein wird. Man wird einwenden, das sei alles nur eine Personenfrage, bei guter Leitung wäre das Ergebnis ein ganz anderes.

Mag sein, aber woher die vielen wirklich guten Vereinsleitungen nehmen?

Und das Statut der Ladengemeinden? Nationalrat Schneider vertritt die Auffassung, dass diese Gemeinden das Recht haben sollten, «über alles zu reden und zu bestimmen, was im Rahmen des Statuts den Ladengemeinden zusteht». Und weiter sagt er: «Der Wareneinkauf und die Verteilung auf die einzelnen Läden würde wie bisher erfolgen. Die Produktionsbetriebe behielten ihre bisherige Stellung. Auch die Preise wären selbstverständlich einheitlich, ebenso die Lohn- und Anstellungsbedingungen des Personals». Mit andern Worten: bis die Ware im Laden wäre, hätte die zentrale Verwaltung zu bestimmen. Der *Verkauf* jedoch wäre die Domäne der Ladengemeinden. Diese würden auch für den Wert der gelieferten Waren belastet. «Sie (die Ladengemeinde) und nicht die einzelne erste Verkäuferin wäre dafür und für eine gerechte Verteilung (!) verantwortlich, wobei aber die zivil- und strafrechtliche Verantwortung der Angestellten im Falle von Nachlässigkeit und deliktischer Handlung bestehen bliebe.» Würden solche Gedanken in die Tat umgesetzt, so führten sie zu einem Durcheinander, wie es sich unsere Konkurrenz nicht besser wünschen könnte! Aber auch unsere Verkäuferinnen, die einerseits der Zentralverwaltung und anderseits dem Ladengemeindevorstand verantwortlich wären (logischerweise müsste dieser auch die Verkaufsschulung, die Untersuchung der Mankofälle usw. besorgen!), würden sich bestimmt bedanken für eine solche Doppelstellung.

Es sei die Frage erlaubt, worin in einer Ladengemeinde mit den von Nationalrat Schneider genannten Kompetenzen nun eigentlich die demokratische, bzw. die reine Selbstverwaltung bestehen würde? Wer würde verwalten und bestimmen? Die Mitglieder in ihrer Gesamtheit? Nein, auch wiederum nur einige Vorstandsmitglieder mit und ohne Fähigkeiten zu solcher Verwaltungsarbeit, sofern diese als Teilfunktion der Warenvermittlung überhaupt diese Bezeichnung in ihrer vollen Bedeutung noch verdiente. Auch diese Vorstandsmitglieder wären niemals von der Gesamtheit «ihrer» Mitglieder, sondern nur von einem relativ geringen Prozentsatz der Mitgliedschaft gewählt. Somit hätten wir im Ergebnis wieder das gleiche, was wir heute schon haben, nur erhielten wir es erst auf unendlich mühsamen und kostspieligen Umwegen.

Aber eben, wer für eine solche Lösung nicht zu haben ist, der ist in überlieferten Traditionen stecken geblieben. Wirklich? Ist es nicht so, dass alles, was Wirtschaft ist und wirtschaften muss, nach *Vereinfachung* strebt? Und was ist darunter zu verstehen? Doch nichts anderes als die Ausschaltung allen *Leerlaufes*, der die Kräfte der besten Leute aufzehrt und die Waren verteuert. Ausgerechnet die Konsumvereine aber sollen auf einen Weg geführt werden, der die Umtriebe vermehrt, in der guten Meinung, damit die «Kraft der Konsumvereine», die demokratische Selbstverwaltung, zur Hochblüte bringen zu können.

Der *reinen Selbstverwaltung* sind, darüber wollen wir uns mit nüchterner Ueberlegung Rechenschaft geben, im Staat und erst recht in der Wirtschaft *natürliche Grenzen* gesetzt. Sich in kluger Mässigung an sie zu halten, ermöglicht am ehesten die Fortsetzung einer Entwicklung, wie sie vor hundert Jahren der Genossenschaftsbewegung niemand vorauszusagen gewagt hätte. Unsere Konsumvereine sind *demokratisch verwaltet;* wer das leugnen oder nicht sehen will, der kann ebenso gut behaupten, unsere Gemeinden, unsere Kantone und unsere Eidgenossenschaft seien nicht demokratisch regiert. Dass nicht alle Konsumvereine in gleichem Masse «lebendige» Genossenschaften sind (was auch nie der Fall sein würde, wenn alle «klein» wären!), und dass es auch an Schönheitsfehlern nicht fehlt, darf ruhig zugegeben werden. *Die Annahme, nur die kleinen, nicht aber auch die grossen Organisationsgebilde könnten ethischen Gehalt haben, führt zu völlig falschen Schlüssen, aus denen die Gefahr wächst, dass Dinge vorgeschlagen und evtl. verwirklicht werden, die gut gemeint sind, in der Wirkung aber verhängnisvoll werden können.*

Auch eine Ladengemeinde kann, daran ist nicht zu zweifeln, zur Förderung des Interesses der Mitglieder an den Einrichtungen der Genossenschaft einen wertvollen Beitrag leisten. Sie dürfen deswegen aber nicht zum Verein innerhalb des Vereins werden, weil eine Konsumgenossenschaft schliesslich nicht nur Verein, sondern auch noch (und zwar nicht zuletzt) *Geschäft* ist. Und dieses Geschäft verträgt unter den heutigen Konkurrenzverhältnissen nichts, aber auch gar nichts, was Kräfte und Mittel für Ideologien im Uebermass absorbieren könnte. Wir gehen mit unseren Freunden, die nach vermehrter Demokratisierung rufen, darin einig, dass eine Genossenschaft nicht von «oben», sondern von «unten her» regiert werden soll. Und damit die Zahl der Genossenschaften und der Genossenschafterinnen, die sich an der Bildung der Genossenschaftsorgane beteiligen, denen sie die Verwaltung der Genossenschaft übertragen und anvertrauen, immer grösser wird, befürworten wir alles Vernünftige, mit dem das Interesse der Mitglieder für die Genossenschaft wach gehalten und geweckt werden kann, wo es eingeschlafen sein sollte. Dazu eignen sich *Betriebsbesichtigungen, Konsumentenversammlungen, Frauennachmittage, Studienzirkel usw.* in hervorragendem Masse. Auch die Ladengemeinden, *ungezwungen organisiert*, können einer Genossenschaft zum Vorteil werden. Ob man das eine oder das andere tut, ist weniger von Belang und hängt vielfach von den örtlichen Verhältnissen, vom Zeitpunkt und davon ab, wie man die Sache an die Hand nimmt.

Wir gehen mit Nationalrat Schneider durchaus einig, wenn er sagt, dass die Konsumvereine in einer neuen Wirtschaft auf alle Fälle nur als Selbstverwaltungskörper (was sie heute schon sind) in Frage kämen, und dass nicht die Staatswirtschaft das Heil sein werde, sondern die Genossenschaft in einer Wirtschaft, in deren Mittelpunkt das Volk und seine Arbeit stehen. Auch darin stimmen wir ihm zu, dass neben der *Zusammenfassung* auch die *Dezentralisation* zu ihrem Recht kommen müsse. Nur möchten wir mit allem Nachdruck vor einer Dezentralisation warnen, die in ihren Wirkungen die Zusammenfassung *paralysiert*. Die Zeiten sind heute nicht geeignet, um einem *Ideal*, so schön es an sich wäre, nachjagen zu können.

Die Bewegung der «organisatorischen Fusion und Konzentration» ist von den *Genossenschaften* (u. a. auch den Baugenossenschaften) und den *Gewerkschaften* sicherlich nicht, wie Nationalrat Schneider meint, deshalb mitgemacht worden, weil sie von den Kartellen und den Trusts der kapitalistischen Privatwirtschaft «beeinflusst» worden sind, sondern weil das der allein mögliche Weg war, um dem arbeitenden Volk die Existenzverhältnisse zu erleichtern.

Wieso dieser Weg nur viel versprochen und an Idealen (von denen der Arbeiter nicht leben kann) wenig gehalten haben soll, ist uns völlig unerfindlich. Die Entwicklung zur Konzentration ist weder in der Genossenschafts- noch in der Gewerkschaftsbewegung abgeschlossen. Sie ist nach wie vor eine Notwendigkeit. Deswegen brauchen unsere Ideale nicht unterzugehen, und sie werden nicht untergehen, wenn wir auch weiterhin in den grossen Organisationen, vor deren *internen Aufteilung* uns die *Vernunft* behüten möge, den idealen Aufgaben der Bewegung den ihnen zukommenden Platz — aber nicht mehr — einräumen. E. Horlacher, Zürich.

Nachschrift der Redaktion.

Die temperamentvollen Ausführungen von Herrn Horlacher dokumentieren Ansichten, wie man sie noch bei andern Genossenschaftern antreffen kann. Es ist deshalb gut, dass sie vom Verfasser so ausführlich vertreten worden sind.

Dass das Interesse der Mitglieder für die Genossenschaft wach gehalten werden soll, das betont der Verfasser selbst und misst bei dieser Arbeit neben anderen zügigen Massnahmen trotz aller Kritik auch der Ladengemeinde eine gewisse Bedeutung zu. Damit eröffnet er selbst doch noch eine Perspektive, die nicht ohne Hoffnung für die erfolgreiche Arbeit im kleinen Kreise im Dienste des *Ideals* ist. Doch — da hat Herr Horlacher zweifellos recht — es gibt Grenzen. Und in diesem Punkte trifft er sich gewiss mit Nationalrat Schneider, der als erfahrener Verwaltungsfachmann keine Dezentralisation um der Dezentralisation willen erstrebt, sondern die geistige Belebung des einzelnen und der kleinen Gruppe im Interesse der Hebung der Gesamtkraft, der Stärkung des Ganzen erstrebt, das nach wie vor einheitlich auf das grosse Ziel ausgerichtet bleibt.

Demokratie ist eben nicht nur eine Frage der Form, die als solche tot sein kann, sondern des Herzens, des Lebens. Dieses Leben zu erhalten und zu fördern, d. h. *zwischen Mitglied und Genossenschaft ein enges Band der Treue und der Verantwortung* zu schaffen, ist das Ziel aller aktiven Genossenschafter. Man mag dieses Gemeinschaftsband zwischen den Gliedern einer Genossenschaft, diese persönliche Verpflichtung gegenüber den Aufgaben der Genossenschaft, wie sie die Befürworter der Ladengemeinden erstreben, als ein *Ideal* bezeichnen. Jedoch auch der geschäftstüchtigste Praktiker wird zugeben müssen, dass, je näher wir diesem *Ideal*, der unbedingten Treue in Idee und Einkauf, kommen, um so besser auch das «Geschäft», d. h. die Leistungsfähigkeit der Genossenschaft und der Umsatz.

Und ganz abgesehen von dieser vom «geschäftlichen» Interesse her gewonnenen Erkenntnis und Tatsache, die aber in der vorliegenden grundsätzlichen Frage nicht entscheidend sein dürfen, müssen wir uns vollkommen darüber klar sein, dass mit dieser engen Verbindung von Mitglied und Genossenschaft, mit dieser persönlichen Identität von «Legislative» und «Exekutive» in der Genossenschaft, diese erst ihre eigentliche Verwirklichung erfährt. Das ist das *Ideal* und deshalb das *Ziel*. Selbstverständlich ist niemand so wirklichkeitsfremd, dass er die sich aus den gegebenen Konkurrenzverhältnissen aufdrängenden organisatorischen Notwendigkeiten im Blick auf schnelles Handeln nicht erkennt, und niemand ist so blind, dass er nicht sieht, mit welcher Mentalität, welchen ideellen Voraussetzungen er zu rechnen hat. Bundesrat Nobs visierte solche für unsere Demokratie im allgemeinen bedenklichen Erscheinungen, als er kürzlich an einer grossen Arbeitertagung in St. Gallen, gemäss dem Bericht in der «Volksstimme», ausführte:

> Am Schicksal eines Volkes sind alle seine Glieder mitbeteiligt. Darum erwarten wir in der Demokratie, dass jedermann seine staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten ausübe. Es mag wohl etwa einer denken: Was macht es aus, ob gerade ich auch noch stimmen und wählen gehe? Wie aber, wenn es alle so halten wollten! Wenn es auch nicht in der Natur eines jeden Menschen liegt, mit allem Interesse die öffentlichen Angelegenheiten zu verfolgen, so ist doch zu sagen, dass das zu einem guten Stück auch vom Willen und insbesondere der staatsbürgerlichen Gesinnung des einzelnen abhängt. Mangel an staatspolitischem Interesse und Geistesträgheit haben noch keinem zur Auszeichnung gereicht. In der Zeit der Naturalwirtschaft oder noch des sogenannten Polizeistaates erstreckte sich die staatliche Tätigkeit auf einige wenige Funktionen. Heute aber gibt es kaum ein Gebiet des Wirtschaftslebens, das nicht in irgendeiner Weise auf staatliche Mitwirkung angewiesen wäre und die staatliche Intervention nicht anrufen würde, selbst wenn der Staat von sich aus sich nicht einmischen wollte. Aus diesem Grunde sind die Beziehungen zwischen den Lebensverhältnissen jedes einzelnen und dem Staate viel enger geworden als früher. Es sind alle in ganz anderer Weise als einst mit dem Ganzen und damit auch mit dem öffentlichen Wesen der staatlichen Organisation und Tätigkeit verbunden. Darum auch ist es Pflicht eines jeden Bürgers, sich um die öffentlichen Angelegenheiten zu kümmern. Ob wir es wollen oder nicht, so sind wir zusammen mit den Menschen, die uns lieb sind, in diese Schicksalsgemeinschaft hineingestellt. Erfüllen wir darum auch dieser Schicksalsgemeinschaft gegenüber unsere Pflicht, damit sie hinwiederum der ihrigen um so besser gerecht zu werden vermag!
>
> Es geht um ein grosses Werk der Erneuerung, ein Werk der Technik und ebenso sehr um ein Werk der Kultur, der Erziehung und Gesittung.

Je grösser die Ueberblickbarkeit sowie die Möglichkeit der persönlichen Anteilnahme und damit je kleiner der Kreis, um so stärker die Aussicht und die Bereitschaft, dass der einzelne die ihm als Demokrat und Genossenschafter auferlegte Pflicht zum persönlichen Mitentscheid auch ausübt. Zweifellos ist da die *Begrenztheit der Verhältnisse* technisch ein unbestreitbarer Vorteil, auf den die Freunde der Ladengemeinden mit besonderem Nachdruck hinweisen. Wie diese und mit welchen Kompetenzen sie fungieren sollen, das ist vorerst noch eine Frage der Diskussion und der Uebereinkunft. Die Tatsache, dass es kleine Genossenschaften gibt, die trotz ihrer Kleinheit kein aktives Genossenschaftsleben aufweisen, beweist noch nichts gegen die in ihnen gebotenen, im Vergleich zur städtischen Genossenschaft besseren Möglichkeiten zur Aufrechterhaltung eines aktiven Genossenschaftslebens. Die Passivität von kleinen Genossenschaften spricht eher gegen deren Mitglieder und Organe.

Wie sehr die Ansichten der Freunde der Ladengemeinden durch die Entwicklung unterstützt werden, zeigt das Bestreben in Mittelstandskreisen, ebenfalls solche Ladengemeinden zu schaffen. In ganz entscheidenden Punkten weichen sie allerdings von den genossenschaftlichen Ladengemeinden ab. Doch bleibt für uns dieses von kleinen Privatläden ausgehende Bestreben nach einem möglichst engen Kontakt mit den Kunden aller Beachtung wert und sei uns auch vom Gesichtspunkte der Konkurrenz eine ernste Mahnung.

Uns allen, inkl. den Skeptikern gegenüber den Ladengemeinden, gemeinsam ist das Streben nach genossenschaftlicher Lebendigkeit, nach Erkenntnis

der Massnahmen, die das genossenschaftliche Band zwischen Mitglied und Genossenschaft festigen. Aufgabe der im Gang befindlichen Diskussion und der Beratungen in den Genossenschaftsbehörden wird es sein, die richtigen Methoden zu finden, die zum gemeinsamen Ziel führen.

Genossenschaftliches Jahrbuch 1945

Mit dem Erscheinen des Genossenschaftlichen Jahrbuches ist in glücklicher Weise eine fühlbare Lücke im genossenschaftlichen Schrifttum ausgefüllt worden. Wir haben wohl den Rechenschaftsbericht des V. S. K., den V. S. K.-Taschenkalender, eine Reihe weiterer Schriften, die aktuell über die Bedeutung des schweizerischen Genossenschaftswesens orientieren, und nicht zuletzt die Genossenschaftspresse mit ihrer fortlaufenden Berichterstattung. Aber ein Werk, das den Innen- und Aussenstehenden schnell und präzis die wichtigsten Daten und Probleme des *allgemeinen* schweizerischen Genossenschaftswesens wissen lässt, fehlte. So fand denn der Vorschlag, jedes Jahr eine solche Zusammenfassung der Entwicklung auf den verschiedenen Gebieten des Genossenschaftswesens in Form eines Jahrbuches herauszugeben, rasch Freunde.

Dem erstmaligen Erscheinen entsprechend machen es sich verschiedene Autoren zur Aufgabe, ihren Ausführungen den Charakter einer Einführung zu geben, um vielen behördlichen Instanzen im Bund und in den Kantonen, aber auch den Parlamentariern, die zu den regelmässigen Empfängern gehören sollen, schnell und praktisch die Möglichkeit zu einer grundsätzlichen Orientierung zu verschaffen. — Verschiedene Umstände bedingten das etwas späte Erscheinen im ersten Jahr. Selbstverständlich wird dafür Sorge getragen — und die Friedensjahre mit den schnelleren Informationsmöglichkeiten werden wohl dazu beitragen — im kommenden Jahr und später die Herausgabe des Jahrbuches bedeutend zu beschleunigen. Der vor allem wirtschaftlichen Betätigungsweise der Genossenschaften entspricht die Beifügung eines ausführlichen wirtschaftlichen Teils.

Inhaltlich hat das Jahrbuch folgende Gestaltung erfahren: Dem einführenden Vorwort von Herrn Dr. *Faucherre,* Chef des Departementes Presse und Propaganda des V. S. K., folgt als erster Hauptbeitrag ein Aufsatz von Herrn *Maire,* Präsident der Direktion des V. S. K., über den «Verband schweiz. Konsumvereine und die Zweckgenossenschaften im Jahre 1944». Dr. H. *Brugger,* Brugg, orientiert über «die landwirtschaftlichen Genossenschaften während des Krieges», K. *Straub,* Präsident des schweiz. Verbandes für Wohnungswesen, über «die gemeinnützigen Bau- und Wohngenossenschaften», A. *Vogt* über den «Schweiz. Verband sozialer Baubetriebe», Nationalrat *Helbling* über «Genossenschaftswesen und Parlament». H. *Handschin,* Bibliothekar des V. S. K., über «die Genossenschaftsbewegung des Auslandes» und «die internationale Genossenschaftsbewegung», Dr. L. *Lejeune,* von der Rechtsabteilung des V. S. K., erörtert «die Besteuerung der Rückvergütung der Konsumgenossenschaften». Dr. H. *Faucherre* gibt einen Einblick in die «Bildungsarbeit des Verbandes schweiz. Konsumvereine», und H. *Bretscher,* Sekretär des schweiz. Milchproduzentenverbandes, behandelt «die genossenschaftliche Organisation der Milchproduzenten». Das umfassende Kapitel über «die Wirtschaft der Schweiz am Kriegsende» blieb Nationalrat *Weber* vorbehalten, der auch über «die Versorgung der Schweiz aus dem Ausland während der Kriegszeit» schrieb. Die letzten Teile des aufschlussreichen Jahrbuches enthalten allerhand kennenswerte Zahlen über die Genossenschaftsbewegung und die Wirtschaft im allgemeinen, eine ziemlich ausführliche Chronik über wichtige Ereignisse, vor allem auf dem Gebiete des Genossenschaftswesens, im Zeitraum Januar 1944/Mai 1945, sowie ein genaues Verzeichnis der Adressen der genossenschaftlichen Spitzenverbände der Schweiz.

Dank seiner inhaltlich weitgreifenden Gestaltung wird das Jahrbuch zu einem sehr nützlichen Nachschlagewerk über das gesamte Genossenschaftswesen und damit zu einer steten Quelle für mannigfache Orientierung. Seine Dienste werden deshalb dem Parlamentarier sowohl wie der staatlichen Behörde, den Funktionären vieler Wirtschaftsorganisationen, manchem aktiven Genossenschafter willkommen sein. Wie es ihm nicht anders geziemt, trägt es sein Wissen sachlich, festgegründet auf die Wirklichkeit vor und wird hoffentlich vor allem auch dort gern zu Rate gezogen werden, wo das Genossenschaftswesen bis jetzt ungerechtfertigterweise verschlossene Türen fand. Das Genossenschaftliche Jahrbuch ist so ebenfalls ein Träger des Lichts, mit dem der Genossenschaftsgedanke auf den verschiedensten Gebieten des Wirtschaftslebens die Zukunft erhellen möchte.

Einwendungen gegen das Obligatorium des Fähigkeitsausweises (Fortsetzung)

Huber kommt dann zu dem eigenartigen Schlusse: «Wenn eine Berufsgruppe oder ein Beruf nicht in der Existenz gefährdet ist, wird zumeist die Einführung des Fähigkeitsausweises doch gerechtfertigt sein, sofern sie überhaupt gerechtfertigt werden kann.» Er kommt also zur Verneinung der Voraussetzung der Gefährdung der Existenz.

Huber fährt fort: «Der Entwurf des Bundesrates über den Fähigkeitsausweis vom September 1944 enthält einen Widerspruch: Wenn dort die *Kriegseinflüsse* als Ursache der Existenzbedrohung genannt sind, kann diese Ursache doch normalerweise *nicht durch einen Fähigkeitsausweis beseitigt werden!* Eine solche Regelung muss den Eindruck erwecken, dass man es *gar nicht auf die Hebung der Fähigkeiten im Beruf abgesehen hat, sondern einfach auf eine Beschränkung der Konkurrenz* zur Milderung der Kriegsfolgen. Der Fähigkeitsausweis wird so leicht zum blossen Mittel oder gar Vorwand für einen ihm im Grunde genommen *fremden Zweck.* Unter dem Kriegsnotrecht mag dies verantwortet werden, später kann es nicht mehr verantwortet werden.»

*

Bundesrichter Huber erklärt in seinem Gutachten, er betrachte den obligatorischen Fähigkeitsausweis eher als neues Ausleseprinzip und nicht als eine Massnahme zur Erhaltung in ihrer Existenz gefährdeter Wirtschaftszweige und Berufsgruppen. Der obligatorische Fähigkeitsausweis für beliebige Berufe sei ein Einbruch in die Handels- und Gewerbefreiheit. Das Bundesgericht habe stets anerkannt, dass ein Fähigkeitsausweis *nur* für die Berufe verlangt werden dürfe, die für das Publikum mit *besonderen Gefahren* verbunden seien, wo also ein

polizeiliches, nicht bloss ein wirtschaftliches Interesse bestehe, z. B. für die Heirats- und Liegenschaftsvermittler, für die Masseure, für die Installateure. *Für alle anderen Berufe sei unter dem geltenden Recht der obligatorische Fähigkeitsausweis verfassungswidrig.* (Schluss folgt)

Der Gewerbeverbandspräsident bestätigt

An der Jahresversammlung des Spezereihändlerverbandes hat Nationalrat Dr. Gysler, Präsident des Schweiz. Gewerbeverbandes, ein Referat über die «Grundsätze der schweizerischen Gewerbepolitik» gehalten. Seine Ausführungen sind in der «Spezereihändler-Zeitung» in extenso erschienen. Sie enthalten neben der Verurteilung des resoluten Standpunktes der Konsumgenossenschaften in der Frage der staatlichen Einschränkungspolitik und dem Hinweis auf die stete Verständigungsbereitschaft des Gewerbes — die natürlich auf Kosten der freien konsumgenossenschaftlichen Entwicklung geht — einige ernste Mahnungen an die Adresse der Mittelstandskreise, sich in bedeutend verstärktem Masse die *Kraft der genossenschaftlichen Selbsthilfe* zunutze zu machen.

«Der selbständige Lebensmittelhandel ist in dem Moment konkurrenzfähig gegen die genannten Unternehmen, wo er seine Kaufkraft in die Waagschale zu legen imstande ist und dafür sorgt, dass die anderen die Preise nicht mehr unterbieten können.»

Diese Feststellung des Gewerbeverbandspräsidenten ist ein Lichtblick und eine Bestätigung des Standpunktes, den die Konsumgenossenschaften von jeher eingenommen haben. Im privaten Detailhandel steckt derart viele wirtschaftliche Potenz, die noch durch genossenschaftliche Selbsthilfe geweckt und in den Dienst der eigenen Konkurrenzfähigkeit gestellt werden kann, dass zusammen mit den natürlichen, dem kleinen Familienbetrieb anhaftenden Vorteilen — die er ohne staatlichen Schutz hat — seine wirtschaftliche Widerstandskraft gegeben sein sollte. Weshalb dann noch dieses krampfhafte Streben durch alle Berner Büros und Kommissionen hindurch nach staatlichen Sicherungen aller Art?

Es ist nicht einzusehen, weshalb die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Konsumgenossenschaften grösser sein sollte, wenn der private Detailhandel seine gesamte Einkaufskraft mobilisiert — unter der selbstverständlichen Voraussetzung allerdings, dass bei ihm das eigentliche *Profitmotiv* auch ausgeschaltet bleibt.

Eine der wesentlichen Ursachen des bisherigen konsumgenossenschaftlichen Erfolges ist die Wirksamkeit des *sozialen Kapitals*, das nichts anderes als den Verzicht der Mitglieder während Jahrzehnten auf die restlose Verteilung des Jahresüberschusses darstellt. Ob man im privaten Detailhandel, der dem Gewinnstreben des einzelnen grundsätzlich ja keine Schranken setzen will, nicht weiter wäre, wenn man schon vor Jahrzehnten sich etwas mehr auf die *eigene Gemeinkraft* besonnen hätte? In Mittelstandskreisen ist man zwar gegenüber dem Vorwurf des Profitstrebens sehr empfindlich. Selbstverständlich billigt man auch in Genossenschaftskreisen jedem Gewerbler gemäss seinen volkswirtschaftlichen Leistungen das Recht auf einen auskömmlichen Verdienst zu. Der *Profit* ist jedoch nicht erst dort gegeben, wo übermässige Gewinne erzielt werden, was wohl bei der Mehrheit des heutigen selbständigen Mittelstandes nicht der Fall sein dürfte, sondern hat auch in den *zünftlerischen Bestrebungen* und neuerdings auch im neuen Entwurf zu den *Wirtschaftsartikeln* einen sinnfälligen Ausdruck. Wer sich auf Kosten des Ganzen, der Konsumentenschaft, ungerechtfertigte Vorteile zu sichern sucht, kann sich nicht vor dem Vorwurfe des Egoismus, des Profitstrebens bewahren.

Die organisierten Konsumenten verlangen Freiheit für die Entwicklung ihrer Organisationen nicht zuletzt auch deshalb, weil die Konsumentenschaft stets eine Garantie in Händen haben muss, dass Staats- und Verbandsbürokratie nicht überborden und die Spielregeln eines gesunden, *loyalen Leistungswettkampfes* aufrechterhalten bleiben. Und dass dieser ganz besonders auch dem selbständigen Mittelstand möglich ist, wenn er sich an allen Orten zu der möglichen Leistungsanstrengung aufrafft, das zeigen die oben schon angedeuteten, folgenden Ausführungen von Nationalrat Dr. Gysler (Hervorhebungen von uns):

«Ich stehe einer Lohn- und Verdienstausfallkasse des Baugewerbes vor, die im Jahre eine Lohnsumme von über 50 Millionen Franken ausbezahlt. Es liegt mir ferne, Vorwürfe zu machen; aber wenn ich jeweilen am Ende der Woche die Rapporte der Revisoren durchgehe, so muss ich doch sagen, dass es mit den Buchhaltungen noch lange nicht überall zum Besten bestellt ist. Ich gebe zu, es konnte während des Krieges nicht alles so gemacht werden, wie in normalen Zeiten. Wenn ich jedoch an die Preisberechnungen denke oder an die grossen Differenzen, die bei Submissionseröffnungen vor dem Kriege festzustellen waren, so wird man des Eindrucks nicht los, dass sehr viele Betriebe kalkulatorisch nicht auf der Höhe der Zeit stehen. *Es braucht viel Zeit, bis der Gedanke der Selbsthilfe jedem Betriebsinhaber in Fleisch und Blut übergegangen ist.* Ich predige das seit 1941 zum mindesten jeden Sonntag. *Jeder muss zuerst an sich arbeiten, bevor er an den Staat oder seinen Berufsverband gelangt.*

Was die *kollektive Selbsthilfe* anlangt, ist zu sagen, dass ein grosser Teil der gewerblichen Wirtschaft einfach *ganz ungenügend organisiert* ist. Die gemeinsame Selbsthilfe lässt sich nur da wirksam durchführen, wo 90 % der Berufsangehörigen dem Berufsverband angeschlossen sind, selbstverständlich der Berufstüchtige, nicht der Ungelernte und Krauterer. Das ist die erste Bedingung. Die zweite Bedingung ist das disziplinierte Verhalten gegenüber den Massnahmen der Verbandsleitung, und die dritte die Solidarität gegenüber den gewerblichen Organisationen. Wenn diese drei Voraussetzungen geschaffen sind — das ist in vielen Verbänden gar nicht so einfach, weil im gegebenen Fall vielleicht ein Opfer gebracht werden muss —, dann ist nach meinem Dafürhalten der Zeitpunkt da, wo wir den Selbstschutz an die Hand nehmen können, sei es, dass man eine *eigene Genossenschaft* gründet oder, wo man das nicht will, mit den Lieferanten Verträge abschliesst und dafür sorgt, dass der Aussenseiter, die Konsumvereine oder die «Migros», nicht günstigere Einkaufsbedingungen erzielen kann. Der selbständige Lebensmittelhandel ist in dem Moment konkurrenzfähig gegen die genannten Unternehmen, wo er seine Kaufkraft in die Waagschale zu legen imstande ist und dafür sorgt, dass die andern die Preise nicht mehr weiter unterbieten können.

Es wäre endlich an der Zeit, dass der letzte aufsteht, sich den Schlaf aus den Augen reibt und zu begreifen lernt, dass andere Verhältnisse kommen. Wir bringen uns nur durch, wenn jede Einkaufsgenossenschaft und jeder Berufsverband alles daran setzen, damit ihre Leute durchhalten können.»

Erteilung eines Lehrauftrages über das Genossenschaftswesen

Der Basler Regierungsrat hat Herrn Dr. Henry Faucherre, Ehrendozent für Genossenschaftswesen, einen Lehrauftrag erteilt. Dieser umfasst folgendes Wissensgebiet: *«Entwicklung und Formen der modernen Wirtschaftsgenossenschaften»*.

Herr Dr. Faucherre wird im kommenden Wintersemester an der Basler Universität mit seinen Vorlesungen beginnen.

Die Schweizer Jugend für den Genossenschaftsgedanken

In einem gemeinsamen Bericht einer Reihe schweizerischer Jugendverbände an den Weltjugendrat in London findet sich ein sehr erfreuliches Bekenntnis zum *Genossenschaftsgedanken.* Im Abschnitt «Demokratie» wird über die Demokratie in der *Wirtschaft* ausgeführt:

«Zugleich kämpft die Schweizer Jugend für eine gründliche und wirksame Demokratisierung der Wirtschaft: für die Förderung der Genossenschaften und für die Ausschaltung der beherrschenden Einflüsse monopolistischer Machtgebilde.»

In den weiteren Kapiteln befasst sich der Bericht mit dem «Weltfrieden», dem «sozialen Fortschritt», der «Erziehung» und der «internationalen Zusammenarbeit». Das Ganze stellt ein von Zuversicht zeugendes und solche weckendes Dokument für den fortschrittlichen, aufgeschlossenen Geist dar, mit dem die Schweizer Jugend ihren Beitrag für die Lösung der mannigfachen sozialen, wirtschaftlichen und menschlichen Fragen leisten will.

Kurze Nachrichten

Kontakt der Genossenschaftsjugend mit anderen Jugendverbänden. Der «Bund der schweizerischen Genossenschaftsjugend» ist kürzlich in die Schweizerische Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände aufgenommen worden.

Keine Kartoffel- und Obstrationierung. Das Eidg. Kriegs-Ernährungs-Amt teilt mit:

In letzter Zeit macht das Gerücht die Runde, dass Kartoffeln und Obst der Rationierung unterstellt würden. Obwohl diese Mutmassungen jeglicher Grundlage entbehren, sind sie bedauerlicherweise dazu angetan, unnötige Beunruhigung zu schaffen. Das Eidg. Kriegs-Ernährungs-Amt sieht sich daher veranlasst, festzustellen, dass weder die Kartoffeln noch das Obst rationiert werden.

Was die Kartoffelversorgung anbetrifft, so ist festzustellen, dass der im letzten Moment gerade noch rechtzeitig gefallene Regen eine Dürrekatastrophe verhütet und vieles wieder gut gemacht hat, was schon verloren schien. Bei weiterhin normalem Witterungsablauf darf in Anbetracht der grossen Anbaufläche mit einer für die Versorgung ausreichenden Kartoffelernte gerechnet werden. Demgegenüber wird der diesjährige Obstertrag zufolge der grossen Frost- und Trockenheitsschäden höchstens 40 % einer Grossernte ausmachen.

Mittelstandshilfe im Rahmen der Schweizer Spende. Der Zentralausschuss des Verbandes Schweiz. Spezereihändler hat den Beschluss gefasst:

«1. Im Rahmen der Schweizer Spende eine Sammlung bei unsern Sektionen, den Mitgliedern und unsern unterstützenden Mitgliedern zu organisieren, um unsern notleidenden Berufskollegen helfen zu können.
2. Kinder von bedrängten Spezereihändlern aus dem stark betroffenen Kriegsgebiet bei Familien unserer Mitglieder in der Schweiz zur Erholung unterzubringen, und
3. so rasch als möglich Stützpunkte für unsere Internationale Vereinigung des Lebensmittel-Einzelhandels zu schaffen, um von dort aus den privaten Lebensmittel-Detaillistenstand in diesen Staaten wieder erstehen zu lassen.

Die Einzahlungen sind auf das Postcheckkonto III 8021, Verband Schweiz. Spezereihändler, Sekretariat, Bern (Schweizer Spende für den notleidenden Mittelstand), zu machen.»

Der Schlussappell im Aufruf in der Spezereihändler-Zeitung lautet:

«Die Solidarität im Wirtschaftskampf verpflichtet auch zur Solidarität in der Wohltätigkeit!»

Die B-Lebensmittelkarte. «Die Tatsache, dass heute noch jeden Monat rund 445 000 halbe B-Lebensmittelkarten bezogen werden, lässt doch auf ein echtes Bedürfnis darnach schliessen. Die kriegswirtschaftlichen Stellen erhalten denn auch heute noch immer wieder Zuschriften, vor allem aus den Kreisen grosser Familien und den Bevölkerungsschichten mit kleinen Einkommen, die sich dankend über die ihnen gebotene Möglichkeit des B-Kartenbezuges aussprechen. Man glaubt deshalb, dass mit zunehmenden Rationen auch die B-Karte vermehr angefordert wird und daher die auf diesem Wege gewährten Erleichterungen nicht aufgehoben werden dürfen.»

Basler Nachrichten

Aus der Praxis

Verkaufsschulung auch für die ersten Verkäuferinnen

Die Arbeit der Verkäuferin wird je länger je mehr als eine der wichtigsten Funktionen im Handel erkannt. Deshalb betreiben auch die Konsumgenossenschaften schon lange systematisch Personalschulung. Etliche Vereine sind bereits dazu übergegangen, während der Arbeitszeit mit ihren Verkäuferinnen Verkaufsschulung zu pflegen.

Selbst ältere Verkäuferinnen müssen durch geeignete Leute zu dem sogenannten Fingerspitzengefühl erzogen werden. Folgende Begebenheit mag die Richtigkeit dieser Behauptung erhärten: Auf den letzten Genossenschaftstag hin gestaltete der Dekorateur einer Genossenschaft die Schaufenster des Hauptladens in besonders festlicher Weise. Am gleichen Tag noch betrat eine Frau den Laden und wünschte einen Gegenstand, den sie im Fenster gesehen hatte.

«Das haben wir nicht», war die Antwort der bedienenden Verkäuferin. Sie hätte sich nämlich ins Magazin begeben müssen, weil die Lieferung noch nicht erfolgt war. Auf die Bemerkung der Frau, sie hätte gerne das im Fenster ausgestellte Stück, erklärte die Verkäuferin, das sei keine rechte Ware, das sei nur Attrappe. Das stimmte nun nicht, und wenn es auch wahr gewesen wäre, eine gute Verkäuferin hätte das Kaufbedürfnis auf keinen Fall auf diese Art verscherzt.

Im vorliegenden Falle war der Grund des entgangenen Verkaufs reine Bequemlichkeit. Die Möglichkeiten, zu verkaufen oder auch nicht zu verkaufen, sind mannigfaltig. Wenn wir als Kaufleute anfangen zu rechnen, werden wir bald herausfinden, dass sich eine *planmässige Personalschulung* immer bezahlt macht. Wer das Verkaufen dann noch nicht begreift, hat den Beruf verfehlt. Sp.

Die Bewegung im Ausland

Grossbritannien. *Prominente Genossenschafter im neuen englischen Kabinett.* Dem Kabinett Attlee gehört wiederum als Minister für die Admiralität *A. V. Alexander* an, der schon im Kriegskabinett mitgewirkt hat. Als Minister für Kriegstransporte amtet neu *Alfred Barnes,* der Chef der Genossenschaftspartei. Beide Persönlichkeiten stehen schon seit vielen Jahren in der vordersten Front der aktiven Genossenschafter und werden nun auf den ihnen neu anvertrauten wichtigen Posten mannigfach Gelegenheit haben, ihrer Auffassung von der gerechten Wirtschaft Ausdruck zu geben.

Aus unserer Bewegung

Aus unseren Verbandsvereinen

Arbon konnte seinen Umsatz von 2 119 600 Fr. auf 2 334 800 erhöhen. **Bern** macht seine Mitglieder auf die genossenschaftliche Dörraktion aufmerksam. **Davos** hat einen Mitgliederfonds errichtet mit dem Zweck, den Genossenschaftsfamilien bei der Geburt eines Kindes Gutscheine im Werte von 10 Fr. abzugeben. **Erstfeld** liess den Film «Mit vereinten Kräften» vorführen. **Romanshorn** veranstaltete ein Genossenschaftsfest, indem die Mitglieder sich an einer Sonderschiffahrt nach Altnau erfreuen durften, wo ihnen ein unterhaltender Nachmittag geboten wurde.

Aus der Tätigkeit der Frauenvereine: **Kreuzlingen** organisierte einen Ausflug nach dem Seealpsee, während **Zürich** die Mitglieder zu zwei Ferienzusammenkünften einlud, die im Restaurant «Annaburg» auf dem Uetliberg und im Restaurant «Sonnenberg» ob der Klus abgehalten wurden. B.

Die Seite der Ehemaligen

GENOSSENSCHAFTLICHES SEMINAR. STIFTUNG VON BERNHARD JAEGGI

Liebe Ehemalige!

Am kommenden 1. September feiert ein Dichter den siebzigsten Geburtstag, der es verdient, dass auch wir seiner an diesem Tage ehrend und dankbar gedenken. Es ist der Solothurner Heimat- und Volksschriftsteller *Prof. Dr. Josef Reinhart.* Wer hat nicht schon in seiner Schulzeit seine gemütvollen Gedichte und Lieder auswendig gelernt! Es gibt wohl kaum ein Lesebuch in der deutschsprachigen Schweiz, das nicht von Reinharts tief empfundenen Gedichten und seelenwarmen Geschichten enthält. Und habt Ihr sie während Eurer Freidorfzeit nicht immer und immer wieder angestimmt, jene zu Herzen gehenden Verse, die durch meisterhafte Vertonung durch namhafte Komponisten schon längst zu unseren Volksliedern gehören? «Mis Müeti het mer brichtet», «Es het deheim ne Vogel gsunge», «d'Zit isch do» und «Möcht no es bitzeli läbe» sind nur einige der bekanntesten.

Und erst seine Mundartgeschichten! Welche Jugendfrische, welch innige Liebe und Verbundenheit zu Natur, Volk und Heimat strömen uns aus ihnen entgegen! Einfach und unverfälscht wandern die Gestalten aus des Dichters engeren Heimat an uns vorüber. Es ist, als ständen sie leibhaftig vor uns, der originelle und humorvolle «Dokter Chlänzi us der Sunnegass», der Spassvogel «Chnächt Oegerli», der «Gummetaler Schuelheer» u. a. m. Nicht zuletzt auch jene zwei heiratslustigen, aber unerfahrenen Grünfinken, «Gattungeli und Vereli», denen der rabauzige, aber herzensgute Götti zuerst das Pfeifen beibringen musste, bevor sie sich im eigenen Nestchen zurechtfinden konnten.

Josef Reinhart verfügt über ein ursprüngliches und quellendes Erzählertalent, wie man es am ehesten bei dem ihm in vielem wesensverwandten Waldschulmeister Peter Rosegger findet. Aus allen seinen zahlreichen Büchern, seien sie in Mundart oder hochdeutsch geschrieben, spürt man eine warme Menschenfreundlichkeit und eine tiefe Achtung vor dem menschlich Guten. So ist der Dichter auch zu einem weisen Erzieher seines Volkes geworden, ohne dass ihm ein belehrender Ton eigen wäre. Nein, die echte, bildhafte und überzeugende Darstellung seiner Gestalten erzieht von selbst.

Josef Reinhart ist als einfacher Bauernbub im Galmis, einem kleinen Weiler am Fusse der Balmfluh, aufgewachsen. Als aufgeweckter Jüngling besuchte er das solothurnische Lehrerseminar, an das er später nach Abschluss weiterer Studien als Deutschlehrer gewählt wurde. Was er den angehenden Lehrern in seinen Stunden geboten hat, war nicht einfach die Uebermittlung des vorgeschriebenen Stoffes, sondern es war Lebensunterricht im besten Sinne des Wortes. So sind es vor allem unzählige von seinen ehemaligen Schülern, die in diesen Tagen ihres hervorragenden Lehrers in tiefer Dankbarkeit gedenken werden. Möge dem menschenfreundlichen Dichter und grossen Volkserzieher in seinem sonnigen Heim am Fusse des Weissensteins noch ein recht schöner Lebensabend beschieden sein.

Und nun noch eine Anregung! Wie wäre es, wenn Ihr hie und da an den wieder länger werdenden Abenden ein Reinhart-Buch zur Hand nehmen und daraus im trauten Familienkreise vorlesen würdet? Gerade zum Vorlesen eignen sich diese Geschichten wie kaum andere. Freilich, Mundart lesen ist nicht jedermanns Sache. Aber Uebung macht auch hier den Meister. Es sei noch erwähnt, dass auf den kommenden Geburtstag des Dichters die Herausgabe seiner gesammelten Werke in hübscher Ausstattung beschlossen wurde. Bis jetzt sind im Verlag Sauerländer erschienen: Band 1 «Waldvogelzite» und Band 2 «Heimwehland» (Schriftdeutsch). Als weitere Bände werden folgen: «Der Dokter us der Sunnegass», «der Galmisbueb», «der Schuelheer vo Gummetal», «Heimelig Lüt» und «im grüene Chlee» (Gedichte).

Mit freundlichen Grüssen!

Fritz Spaeti

Zusammenkunft ehemaliger Schülerinnen und Schüler des Genossenschaftlichen Seminars

Sonntag, den 23. September 1945

Eröffnung mittags punkt 12 Uhr im grossen Saale des Genossenschaftshauses im Freidorf. Gemeinsames Mittagessen für alle Ehemaligen unentgeltlich. Anmeldungen an die Leitung des Genossenschaftlichen Seminars Freidorf, Postfach Basel II, bis *spätestens Ende August 1945* unter Angabe des seinerzeit besuchten Kurses (genaues Datum).

Gutes leisten — auch in der Werbung!

Neuzeitlicher Detailverkauf

* Mit diesem vielbesprochenen Thema befasst sich in dem englischen genossenschaftlichen Fachblatte «The Producer» ein Mitarbeiter aus dem Verwalterkreis. Er ist der Meinung, dass die Genossenschaften sich tüchtig werden anstrengen müssen, wenn sie im Wettbewerb mit dem Privathandel nicht zurückbleiben wollen. Dabei wird namentlich die grosse Bedeutung betont, die dem Schaufenster zukommt. Dessen Funktion bestehe erstens darin, die Aufmerksamkeit der Passanten zu wecken, zweitens sie zu veranlassen, den ausgestellten Waren ihr Interesse zu schenken, drittens ihre Kauflust anzuregen.

Man wird, führt der Verfasser aus, vor allem solche Artikel ausstellen, deren Verkauf man am meisten zu fördern wünscht, wobei darauf zu achten ist, dass gleichzeitig solche Waren daneben gestellt werden, die mit den erstern in einem gewissen Zusammenhang stehen und sie ergänzen können. Ferner sollen Waren ausgestellt werden, von denen die Passanten nicht ohne weiteres annehmen können, dass sie in dem betreffenden Laden geführt werden (zum Beispiel Gartengeräte, Sämereien, Mittel zur Schädlingsbekämpfung und dergleichen in einem Spezereiladen). Natürlich müssen die ausgestellten Sachen immer der Saison angepasst und preiswürdig sein. Die erste Aufgabe des Schaufensters ist die Förderung des Verkaufs. Die darauf verwendeten Kosten sollen sich bezahlt machen.

Was für das Schaufenster gilt, ist auch massgebend für das Ladeninnere. Der Käufer soll sich darin wohlfühlen, also muss es stets in Ordnung gehalten und sauber sein. Wenn in dem der Käuferschaft reservierten Teil genügend Platz vorhanden ist, können auf Tischen Warenkollektionen von aktuellem Interesse ausgestellt werden, als Ergänzung zum Schaufenster. Dasselbe gilt vom Verkaufstisch. Es wird zum Beispiel für die Hausfrau von Interesse sein, an einem fertigen Produkt feststellen zu können, wie sich die Verwendung dieser oder jener Zutat in der Praxis auswirkt (Backpulver an einem ausgestellten Kuchen und dergleichen).

Wie das Schaufenster vor dem Laden, sollen die Warengestelle im Laden die Aufmerksamkeit der Käufer anziehen und sie zu näherer Betrachtung ermuntern. Das vermag die Wartezeit angenehm zu verkürzen. Ungefähr in Augenhöhe soll auf den Gestellen das Motiv ausführlich wiederkehren, das im Schaufenster sozusagen nur skizziert war. Auch ist zu empfehlen, daneben ebenso solche Artikel in Sicht zu stellen, die einige Wochen früher im Schaufenster zu sehen waren und deren Absatz man noch zu fördern wünscht.

Aber nicht nur die Ware soll einen guten Eindruck machen auf die Käuferschaft, sondern auch das Verkaufspersonal. Ein freundliches Gesicht, geordnetes Haar, saubere Hände und Überkleider sind selbstverständliche Voraussetzungen.

Werbung mit dem Schaufenster um die Ecke

Konsumvereine, deren Verkaufsgebäude Schaufenster besitzen, die vielleicht nicht gegen die Hauptverkehrsstrasse gerichtet sind, sondern in Passagen, Seitengässchen oder in tiefgebauten Eingängen liegen, haben immer Schwierigkeiten, das Publikum auch für diese Auslagen zu interessieren. Deshalb sollte in den Hauptfenstern nie ein Hinweis auf die abseits gelegenen Seitenfenster fehlen.

Ein Textilhändler hat das Problem gelöst: Er brachte direkt an der Scheibe des Hauptfensters ein winziges Podest an, auf dem ein frisches Veilchensträusschen stand. Daran war eine Visitenkarte befestigt, die den Text trug:

Verborgene Veilchen, das heisst besonders vorteilhafte Angebote, im Fenster gleich um die Ecke bitten um Beachtung!

Die paar Blumen mit dem Kärtchen störten den Gesamteindruck des Hauptfensters nicht, erreichten jedoch, dass das Fenster der Seitenstrasse Beachtung fand.

Es gibt aber auch noch andere Texthinweise, die, in dem Hauptschaufenster angebracht, auf die Seitenfenster aufmerksam machen können:

Ihre Mühe muss belohnt werden! Nur drei Schritte: Gleich um die Ecke im Seitenfenster finden Sie die allerneuesten Krawatten ausgestellt!

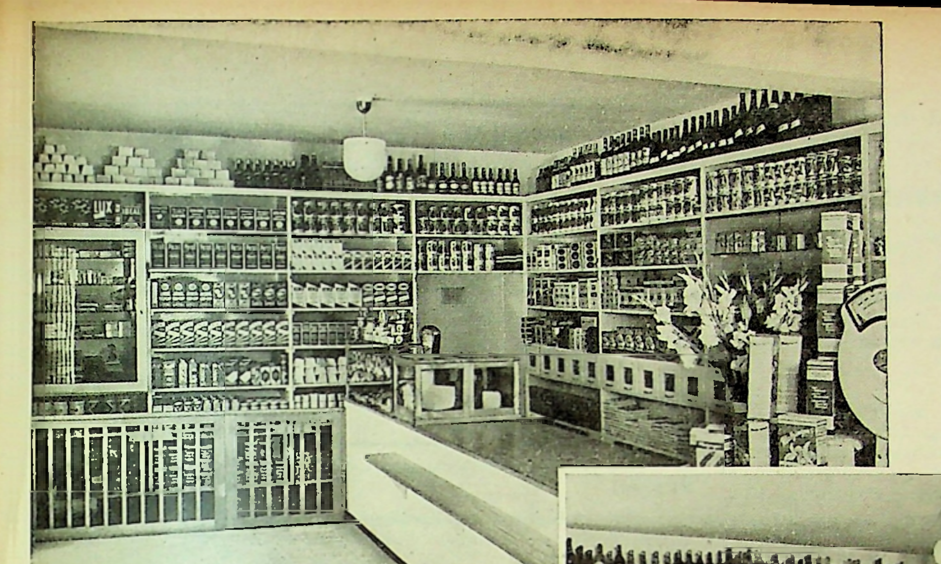
Wie gefällt Ihnen der flotte, preiswerte Regenmantel im Seitenschaufenster (gleich um die Ecke)?

Wir verfügen über drei Schaufenster! Dies ist Fenster Nr. 2. Achten Sie auch auf die Auslage Nr. 1 gleich um die Ecke.

Die Hauptsache, die allerneuesten Modelle, zeigen wir Ihnen im Fenster gleich um die Ecke!

Mit derartigen kurzen Hinweisen verleihen Sie auch Ihren abseitigen Schaufenstern eine gute und verkaufsfördernde Wirkung. Probieren Sie es einmal. Hg.

Neue, modern eingerichtete LVZ-Ablagen



Filiale Oberwiesenstrasse



Filiale Katzenbachstrasse



Filiale Saatlenstrasse



Filiale Schweighofstrasse 140

Kreis IIIa (Kreisverband bernischer Konsumvereine)

Kurs betr. Standardkontenplan, Betriebsvergleiche

Sonntag, den 2. September, im Unionssaal Volkshaus, in Bern

Vormittags punkt 9 Uhr:

Die praktische Anwendung des Standardkontenplanes.
Referent: Herr Peter Seiler, Chefbuchhalter V. S. K., Basel.

Nachmittags punkt 14 Uhr:

Der Revisionsbericht des V. S. K. als Wegbereiter zum Betriebsvergleich und Hilfsmittel zur Leistungssteigerung.
Referent: Herr Peter Seiler, Chefbuchhalter V. S. K., Basel.

Für den Kreisvorstand III a,
Der Präsident: *H. Althaus*
Der Sekretär: *J. Rich*



SAMMLUNG ZU GUNSTEN KRIEGSGESCHÄDIGTER GENOSSENSCHAFTEN UND DER SCHWEIZERSPENDE AN DAS AUSLAND

Eingang vom 25. Juli bis 5. August 1945

Les Charbonnières, S. c. d. c.	Fr.	100.—
Couvet, Coop.	»	115.—
Eichberg, KV	»	120.—
Frauenfeld, KV	»	2 170.90
Gurtnellen, KV	»	40.—
Hergiswil, AKV	»	150.—
Kerzers, KG	»	150.—
Koppigen, KG	»	300.—
Limpachthal, KG	»	50.—
Le Lieu, S. c. d. c.	»	100.—
Lyss, KG	»	700.—
Les Verrières, S. c. d. c.	»	240.—
Verscio, S. c. di c. Pedemontese	»	300.—
Gemeinnützige Baugenossenschaft Röntgenhof, Zürich	»	600.—
Jugendgruppe Gümligen	»	25.—
Wohngenossenschaft Eglisee, Basel	»	100.—
Spende der Behörden	»	548.—
Personalspende	»	1 820.45
Topfkollekte	»	51.28
Verzicht auf Rückvergütung	»	1 598.25

Total bis 5. August (inkl. Spenden von Einzelpersonen):
Fr. 1 085 822.70

Alle diese Spenden werden auch an dieser Stelle herzlich verdankt.

Verbandsdirektion

La Coopérative de Tavannes, die an der letzten Delegiertenversammlung als Mitglied der Kontrollstelle des V. S. K. gewählt worden ist, hat als ihre Vertreter in diesem Organ bezeichnet die Herren Georges Lutz und Raymond Cuenin.

Arbeitsmarkt

Angebot

Konsum-Aushilfsbäcker-Konditor, 29jährig, sucht Stelle, eventuell zur selbständigen Führung eines Betriebes. Antritt nach Uebereinkunft. Prima Zeugnisse und Referenzen zu Diensten. Offerten erbeten unter Chiffre F. A. 105 an die Redaktionskanzlei, V. S. K., Basel 2.

Initiativer, kaufmännisch gebildeter Mann mittleren Alters, im Ein- und Verkauf, Organisation, Spedition und Buchhaltung bewandert sowie im Verkehr mit der Kundschaft taktvoll und beratend, sucht Posten als **Verwalter** in Konsumgenossenschaft. Vieljährige Erfahrung im Holz- und Kohlenhandel. Offerten erbeten unter Chiffre J. S. 109 an die Redaktionskanzlei, V. S. K., Basel 2.

Selbständiger, tüchtiger **Bäcker-Konditor** sucht Stelle in Konsumgenossenschaft als Erster oder Alleinarbeiter. Anfangslohn per Monat 450 Fr. Suchender ist verheiratet und kann bis 10 000 Fr. Kaution leisten. Offerten unter Chiffre K. 56243 G. an Publicitas AG., St. Gallen.

Nachfrage

Grosse Konsumgenossenschaft der Ostschweiz, mit Spezialgeschäften, sucht jüngere, bestausgewiesene **Kraft für Büro,** Einarbeitung in alle Abteilungen, Aussicht auf rasche Beförderung. Gute Allgemeinkenntnisse und Organisationstalent Bedingung. Offerten mit Angaben über Bildungsgang und bisherige Tätigkeit unter Chiffre «Zukunft 177» an die Redaktionskanzlei, V. S. K., Basel 2.

Konsumgenossenschaft im Kanton Bern sucht für ihr Schuhgeschäft eine tüchtige, branchenkundige **Schuhverkäuferin** mit guten Umgangsformen. Bewerberin muss befähigt sein, das Schuhgeschäft selbständig zu leiten. Eintritt 1. Januar 1946, eventuell 1. Dezember 1945. Interessentinnen belieben ihre ausführlichen Offerten mit Photo und Angabe der bisherigen Tätigkeit und der Gehaltsansprüche einzusenden unter Chiffre S. L. 179 an die Redaktionskanzlei, V. S. K., Basel 2.

INHALT: *Seite*